Stadt Emmerich am Rhein

Emmerich am Rhein, 17.12.2003

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 16.12.2003

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde

II. Eingaben an den Rat

2	04 - 13 1532/2003	Verkehrssituation in der Seminarstraße
3	05 - 13 1484/2003	Linden an der Dr. Robbers Straße und Neustadt
4	05 - 13 1527/2003	Antrag auf vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren
5	05 - 13 1530/2003	Antrag auf Schaffung eines Planungsrechtes an der von-der-Recke-Straße, Flur 3, Flurstück 814, Gemeinde Emmerich, Gemarkung Praest

III. Vorlagen

6	02 - 13 1526/2003	Haushaltssatzung 2004; hier: Einbringung
7	05 - 13 1445/2003 E1	Gestaltungskonzept Innenstadt Emmerich am Rhein; hier: 1. Vorstellung der überarbeiteten Entwürfe 2. Kostenzusammenstellung
8	05 - 13 1488/2003	2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. Borghees Nr. 1 - Amselweg -; hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung 2) Satzungsbeschluss
9	05 - 13 1489/2003	8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Nordwest); hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung 2) Satzungsbeschluss
10	05 - 13 1490/2003	10. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 10/4 -Dechant-Sprünken-Straße-; hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung 2) Satzungsbeschluss
11	05 - 13 1495/2003	6. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL R/1 -Wasserstraße-; hier: 1) Aufstellungsbeschluss 2) Satzungsbeschluss

12	07 - 13 1496/2003 E1	Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung
13	14 - 13 1506/2003	Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2002 und über die Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO NW
14	70 - 13 1520/2003	Beratung des Wirtschaftsplanes der Abwasserwerke Emmerich für das Jahr 2004

IV. Anträge an den Rat

15	06 - 13 1531/2003	Schließung des Fahrkartenschalters am Bahnhof; hier: Antrag an den Rat, eine Resolution zu fassen
16	07 - 13 1509/2003	Oberflächenentwässerung im Gebiet Leege Weide, Ortsteil Hüthum
16a)		Fenstererneuerung Rheinmuseum; hier: Aufhebung eines Sperrvermerkes
17		Mitteilungen und Anfragen
18		Einwohnerfragestunde

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
Beckschaefer, Christian
Bongers, Karl-Heinz
Brink ten, Johannes
Diekman, Rolf
Diks, Johannes
Elbers, Markus Herbert
Gertsen, Gerhard
Gies, Norbert Ludwig
Gorgs, Hans-Jürgen
Günther, Ralf
Heering, Anneliese
Hetterscheidt, Herbert
Hövelmann, Gabriele
Jansen, Albert
Jessner, Udo
Kremer, Helmut
Kulka, Irmgard
Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
Lang, Hermann
Lorenz, Marianne
Möllenbeck, Irene
Roebrock, Wilhelm
Sickelmann, Ute
Siebers, Sabine (ab 17.35 Uhr, während TOP 3)
Sloot, Birgit
Spiertz, Andre
Struckhof, Detlef
Tenhaef, Alfred
Tepaß, Udo
Trüpschuch, Elke
Ulrich, Herbert
Wernicke, Hans-Jörgen

Entschuldigt fehen:	Arntz, Anneliese Koster, Gregor Offergeld Birgit
Von der Verwaltung:	Boch, Horst als Vorsitzender
	Erster Beigeordneter Dr. Wachs Herr Siebers Herr Arntz Frau Berk Herr Gürtzgen Herr Holtkamp Herr Kraayvanger Herr Kleipaß Herr Kemkes Frau Lebbing Frau Schlitt Referendarin Sievers Frau Evers (Schriftführerin)
Vom Eigenbetrieb KKK:	Herr Heyming
Von den Abwasserwerken:	Herr Antoni Herr Gruyters

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Einwohner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Mitglied Jessner den Antrag, die Tagesordnung um den TOP

16 a Fenstererneuerung Rheinmuseum;
hier: Aufhebung eines Sperrvermerkes

zu erweitern.

Die Tagesordnung wird mit dieser Erweiterung beschlossen .

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

1. Verkehrssituation in der Seminarstraße;
hier: Anfrage des Bürgers Hans Frericks

Herr Frericks spricht die Situation der Seminarstraße an, wo die Eltern morgens die Kinder zur Schule bringen und ein hohes Verkehrsaufkommen herrscht. Er begrüßt, dass die Luitgardisschule beantragt, auf dem Schulhof der Grundschule Fahrradständer aufzustellen. Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens ist jedoch die Sicherheit nicht gegeben, dass die Kinder morgens mit dem Fahrrad zu Schule zu fahren. Seiner Meinung nach müsste vor der Schule ein Halteverbot eingerichtet werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist bei seiner Beantwortung auf den Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Sitzung. Die Bereitstellung der Mittel für Fahrradständer werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen behandelt.

2. Linden an der Dr.-Robbers-Straße und Neustadt:
hier: Anfrage der Bürgerin Hacheney

Frau Hacheney macht nochmals die Situation der Anwohner im Bereich der Dr.-Robbers-Straße und Neustadt deutlich. Die Anwohner sind gerne bereit, die in Tagesordnungspunkt 3 geschilderte Lage vor Ort zu verdeutlichen. Sie möchte von der Verwaltung wissen, welche Möglichkeiten die betroffenen Bürger noch haben, wenn heute, wie in der Stellungnahme zu dem TOP deutlich gemacht, verfahren wird.

Erster Beigeordneter verweist auf die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

II. Eingaben an den Rat

2 04 - 13 1532/2003 Verkehrssituation in der Seminarstraße

Mitglied Wernicke ist der Meinung, dass die Situation im genannten Bereich ganz alleine von den Eltern der Schulkinder herbeigeführt wird, da diese ihre Kinder vorwiegend mit dem Auto zur Schule fahren. Wenn die Eltern ihre Kinder, bei den oftmals nur kurzen Schulwegen zu Fuß zur Schule bringen, würde diese Situation gar nicht erst entstehen.
Zu Punkt 2 der Vorlage erklärt sich seine Fraktion mit der Aufstellung eines Fahrradständers für die Grundschüler einverstanden.

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, diese Vorlage in den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Mitglied Jansen unterstreicht die Aussage von Mitglied Wernicke; er bittet die Verwaltung jedoch, an die Eltern den Appell zu richten, dass sie, wenn sie die Kinder zur Schule bringen, sie dort nur aussteigen lassen und nicht noch dort zu parken. Auch er ist mit der Verweisung an den BPVA einverstanden.

Mitglied Sickelmann ist auch mit der Verweisung an den Ausschuss einverstanden. Sie bemerkt, dass der Rat schon einmal den Auftrag erteilt hat, mit allen Beteiligten ein Gespräch zu führen. Ihrer Meinung nach wäre es sinnvoll, dass das dort eingerichtete Halteverbot kontrolliert werde. Sie fordert die Fraktionen auf, in gemeinsamen Gesprächen nach Lösungen zu suchen.
Zu dem Verkehrsaufkommen in dem genannten Bereich würde auch der Verkehrsfluss zum Wohngebiet Plagweg entscheidend beitragen.

Mitglied Diks verweist darauf, dass dieses Thema schon mehrfach diskutiert wurde und zu dem Entschluss gekommen ist, straßenrechtlich nichts zu ändern. Sollten jedoch die Appelle, die an Schulleiter und Elternspflegschaft gegeben werden, nicht ausreichen, schließt er sich einer erneuten Beratung im Fachausschuss an, der allerdings eine Ortsbesichtigung vorausgehen sollte. Eventuell könnte der Schulleiter zu der Sitzung eingeladen werden.

Der Vorsitzende lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

1. Der Rat verweist diese Eingabe an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

2. Diese Angelegenheit wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2004 beraten.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

3 05 - 13 1484/2003 Linden an der Dr.-Robbers-Straße und Neustadt

Aufgrund der starken Belästigung durch die Linden, die die Bürger in dem o. g. Bereich haben, schlägt Mitglied Spiertz für seine Fraktion einen Kompromissvorschlag vor, der dahin geht, dass dort die Linden gefällt werden und die Bürger Ersatzpflanzungen vornehmen. So würde auch kein Präzedenzfall geschaffen.

Mitglied Wernicke stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. Er ist der Auffassung, dass die Verwaltung in der Angelegenheit bisher alles getan hat, was möglich ist. Es sollten noch einmal mit den Anwohnern Gespräche geführt werden, um eine Kompromissbereitschaft der Anwohner zu erreichen. Auf jeden Fall sollte versucht werden die Bäume, auch im Hinblick auf die Baumschutzsatzung zu erhalten.

Mitglied Sickelmann verweist darauf, dass seinerzeit ihre Fraktion gegen eine Ausweisung dieses Baugrundstückes gestimmt hat mit dem Hinweis, dass erst gebaut wird und später der Antrag gestellt wird, die Bäume zu fällen. Diese Situation ist nun eingetreten. Auch ihre Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu, die Bäume zu erhalten.

Mitglied Jansen gibt zu bedenken, dass es sich hier schon um eine Beeinträchtigung der Wohnqualität, vor allem in den Sommermonaten, handelt. Er ist der Auffassung, dass hier Abhilfe geschaffen und den Bürgern geholfen werden muss.

Mitglied Beckschaefer unterstützt die Aussage von Mitglied Spiertz. Auch er ist der Auffassung, dass den betroffenen Bürgern geholfen werden muss. Er stellt den Antrag, heute den Beschluss zu fassen, die Bäume zu fällen.

Mitglied Diks stellt den Antrag, diese Vorlage an den ALU zu verweisen, um hier eine einvernehmliche Lösung zu finden. Evtl. sollte vorher eine Ortsbesichtigung stattfinden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Rat heute nicht den Beschluss fassen kann, die Bäume zu fällen. Diesen Beschluss muss der zuständige Ausschuss fassen.
Mitglied Beckschaefer zieht seinen Beschluss, die Bäume zu fällen, zurück und ist mit der Verweisung an den ALU einverstanden.

Mitglied Jessner plädiert auch für eine Beratung im nächsten ALU, jedoch sieht er von einer Ortsbesichtigung ab, da die o.g. Situation nur im Sommer akut ist und in der jetzigen Jahreszeit nicht zutrifft.

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Diks, die Vorlage an den ALU zu verweisen, abstimmen.

Der Rat verweist diese Vorlage an den Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 05 - 13 1527/2003 Antrag auf vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu beschließen, abstimmen.

Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

5 05 - 13 1530/2003 Antrag auf Schaffung eines Planungsrechtes an der von-der-Recke-Straße, Flur 3, Flurstück 814, Gemeinde Emmerich, Gemarkung Praest

Mitglied Diks veweist darauf, dass auch über diese Angelegenheit schon mehrfach beraten worden ist. Er stellt den Antrag, diese Vorlage an den Bau, Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen, um die ganze Thematik der Außenbereichssatzung zu beraten.

Mitglied Sickelmann stellt den Antrag, der Stellungnahme der Verwaltung zuzustimmen.

Mitglied Jessner schließt sich der Ausage von Mitglied Diks an.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

Der Rat verweist diese Eingabe an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

III. Vorlagen

6 02 - 13 1526/2003 Haushaltssatzung 2004; hier: Einbringung

Der Vorsitzende führt wie folgt aus:

"Meine Damen und Herren, wenn Sie gleich den Entwurf des Haushaltsplanes bekommen, dann ist es ganz interessant, wenn Sie die Erläuterungen zur Haushaltsstelle 1.900.0410 lesen, ich zitiere: Aufgrund hoher Gewerbesteuernachzahlungen liegt das Steuer-Ist-Aufkommen in der Referenz-Periode 01.07.02 – 30.06.03 um 5.525 Mio. € über der Ausgangsmesszahl für die Gewährung von Schlüsselzuweisungen. Die Stadt Emmerich am Rhein zählt somit zu den sogenannten „abundanten“ Gemeinden und erhält für das Jahr 2004 keine Schlüsselzuweisungen.

Wenn man diese Erläuterungen liest, evtl. noch den Fremdwörter-Duden zu Rate gezogen hat, muss man schlussfolgern, die Stadt Emmerich am Rhein hat es reichlich. Sie kann aus dem Vollen schöpfen. Schön wäre es. Dem ist aber nicht so.

Uns fehlen in 2004 knappe 4,8 Mio. € und das, obwohl wir doch bei der Gewerbesteuer in diesem Jahr dicke Nachzahlungen hatten. Das liegt zum einen an unserem Steuersystem. In den letzten Jahren haben Bund und Land die Gemeinden immer mehr zur Kasse gebeten, haben stetig die Gewerbesteuerumlage erhöht, die fiktiven Hebesätze rückwirkend erhöht. Beides führte dazu, dass nur knapp 10 % der Gewerbesteuereinnahmen übrig blieben. Nun, nach der Einigung im Vermittlungsausschuss sieht es nach den uns bis heute vorliegenden Daten künftig etwas besser aus. Aber, das Vorauszahlungssoll bei der Gewerbesteuer für 2004 wird sich aufgrund örtlicher Gegebenheiten gegenüber der Finanzplanung verschlechtern. Wir rechnen mit Weniger-Einnahmen von 3,1 Mio. €.

Die Finanzmisere der Gemeinden hat noch einen anderen Grund, es sind die zahlreichen Leistungsgesetze, die Bund und Land erlassen und deren Kosten dann die Gemeinden zu tragen oder zum größten Teil mitzutragen haben.
Zwei Beispiele dafür, wie stetig aber sicher die Gemeinden dadurch immer mehr finanziell belastet werden und der Spielraum für freiwillige Leistungen immer knapper wird. Allein im nächsten Jahr wird das Land die Kindergartenförderung reduzieren, wird keine offene Jugendarbeit fördern. Für Emmerich bedeutet das ca. 90.000 € Mehrbelastung.
Wie sich die Sozialhilfekosten durch den Kompromiss im Vermittlungsausschuss entwickeln, wissen wir noch nicht. Hoffentlich können wir Ihnen hier demnächst günstigere Zahlen mitteilen.

Für 2003 hatten wir Grundstückserlöse in Höhe von 4.820 Mio. € eingesetzt. Diese Grundstücksverkäufe ließen sich überwiegend in diesem Jahr nicht verwirklichen. Diese Erlöse wurden für 2004 erneut veranschlagt, aber reduziert um 1,2 Mio. €, da ein Grundstück in Elten, nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen, sondern nur zum Teil veräußert werden soll. Ein sehr kostspieliger Blick, den man dann genießen darf.

Wie vorhin erwähnt, es fehlen uns 4,8 Mio. €. Detaillierte Angaben wird Ihnen gleich Herr Siebers geben. Trotz alledem haben wir die freiwilligen Ausgaben überwiegend auf dem Stand der Vorjahre belassen. Und selbstverständlich sind die voraussichtlichen Kosten für die für Emmerich wichtigen Vorhaben Rheinpromenade und Innenstadt im Vermögenshaushalt enthalten.

Ich bin froh, dass der Verkauf der TWE-Anteile eine Mehreinnahme von 450.000 € erbracht hat. Mit der dadurch erzielten Einnahme von insgesamt 4,3 Mio. € sind wir in der Lage, die Rheinpromenade und die Innenstadt neu zu gestalten.
Zur Innenstadt gehört auch die Steinstraße. Für dessen Umgestaltung wurden im Haushalt die notwendigen Planungskosten veranschlagt.

Wie gleichen wir nun unser Defizit in Höhe von 4,8 Mio. € aus ?
Damit diese Summe nicht höher wird, haben wir die angebotene Vorabgewinnausschüttung in Höhe von 1.050 Mio. € eingeplant. In der Finanzplanung für das Jahr 2004 waren bereits 3,4 Mio. € Entnahme des Eigenkapitals des Eigenbetriebes Abwasserwerke enthalten. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Ansatz um 1,4 Mio. € zu erhöhen, um damit den Ausgleich des Gesamthaushaltes zu gewährleisten. Sicherlich stellt sich die Frage, ob die Aufnahme von Darlehen bei den z.Zt. niedrigen Zinsen nicht günstiger ist, als auf eine 8 %ige Verzinsung des Eigenkapitals zu verzichten. Sicherlich ist dies so, jedoch steht hier die Vorgabe des Landrates entgegen, die Schuldengrenze von 20 Mio. € nicht zu überschreiten. Das wäre dann der Fall.

Es gibt jedoch noch eine andere Möglichkeit dieses Defizit oder zumindest einen Teil des Defizits auszugleichen und das bitte ich völlig emotionsfrei, sachlich und nach wirtschaftlichen Kriterien zu diskutieren.

Unsere Tochter, die EGD, verfügt über ausreichendes Eigenkapital und eine angemessene Entnahme dieses Eigenkapitals wäre m.E. nicht schädlich. Wie gesagt, ich möchte diesen Vorschlag zur Diskussion stellen, veranschlagt haben wir ihn im Haushalt noch nicht.

Meine Damen und Herren,
die schwarzen Wolken haben uns voll erreicht. Das Gewitter steht kurz bevor. Ich darf Sie bitten, den Entwurf des Haushaltsplanes kritisch zu beleuchten. Wir als Verwaltung sind aufgeschlossen gegenüber Änderungen, Streichungen und Ergänzungen, die dem Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger dienen.

Meine Damen und Herren,
andere Kämmerer sind mittlerweile sprachlos, Herr Siebers noch nicht. Ich darf ihn bitten, Ihnen noch weitere Erläuterungen zum Haushaltsplanentwurf zu geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Herr Siebers:
"Meine Damen und Herren, Herr Bürgrmeister, ich möchte eigentlich die letzte Bemerkung des Gewitters aufgreifen und möchte hoffen, dass, wenn die Regenschauer kommen, wir uns nicht nur die Kapuze überziehen und weiter laufen, sondern wir uns doch etwas mehr mit den Dingen beschäftigen müssten.

Meine Damen und Herren,für manche von uns hier gehen die gemeinsamen letzten 5 Jahre im kommenden Jahr zu Ende.

So manches Mal wurde mir auf meine Darstellung der schlechten Finanzlage entgegnet: "Was soll's. Am Jahresende sieht alles wieder besser aus." Wird immer alles gut?
Ein Satz aus meiner Haushaltsrede 2000 hat auch heute noch Gültigkeit: Wir gehen haarscharf an der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes vorbei.
Vordergründig sieht die Haushaltslage positiv aus, weil wir es bisher immer geschafft haben, Deckungsmittel für die Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt einzusetzen, auch wenn diese inzwischen aus Vermögensveränderungen kommen; wir verfrühstücken sozusagen unser Vermögen.
An dieser Stelle muss ich auch einen kleinen Exkurs auf das auslaufende Haushaltsjahr 2003 machen.
Auch der Verwaltungshaushalt 2003 konnte sich nicht selbst finanzieren, ihm fehlten 6,6 Mio. €, die durch Inanspruchnahme der allgemeinen und der Parkrücklage sowie des Überschusses aus dem Vermögenshaushalt abgedeckt werden sollten. Aber wir haben mal wieder Glück gehabt: Dank einer Gewerbesteuernachzahlung kann sich der Verwaltungshaushalt 2003 bis auf voraussichtlich 700 T€ selbst finanzieren, andererseits fehlen aber auch die Grundstückserlöse des Vermögenshaushaltes zum Ausgleich. Es ist also wieder einmal nur so hingekommen. Und was bleibt uns von der Gewerbesteuernachzahlung 2003? Fast nichts. 28 % davon gehen als Gewerbesteuerumlage an Bund und Land, 2004 - und damit kommen wir zum neuen Haushaltsjahr - fallen die mit 1 MIO DM eingeplanten Schlüsselzuweisungen weg, und der Kreis, er sahnt auch nochmal in 2004 von unserer guten Steuerkraft in der Referenzperiode 34 % ab, das heißt, die Kreisumlage 2004 ist 1,6 Mio. € höher als bisher eingeplant. Dabei sah die vorjährige Finanzplanung für 2004 schon eine Unterdeckung im Verwaltungshaushalt von 4,8 Mio. € vor, die zu 3,4 Mio. € aus einer Rückführung des von der Stadt bei den Abwasserwerken eingebrachten Eigenkapitals erfolgen sollte.

Wo stehen wir heute? Dem Verwaltungshaushalt fehlen 10,3 Mio. € eigene Mittel zur Deckung seines Ausgabebedarfes. Wobei ich da schon eine gute Nachricht habe. Denn in dem Zahlenwerk werden diese 10,3 Mio. € ausgewiesen, tatsächlich sind es nach diesen Beschlüssen von Sonntagnacht, weil die Gewerbesteuer ja unverändert bleibt und insbesondere der Gewerbesteuermessbetrag nicht einheitlich auf 3 % festgesetzt wird, das hätte uns brutto 1,3 Mio. € gekostet , haben wir neu gerechnet, so dass ich insgesamt in unserem Zahlenwerk auf eine Verbesserung von rd. 600.000 € komme. Ganz aktuell fehlen also 9,7 MIO - gegenüber im letzten Jahr prognostizierten 4,8 MIO €. Dabei ist der Ausgabebedarf gegenüber 2003 nur um 830 T€ bzw. 1,8 % gestiegen.
Es sind die Einnahmen, die zu der Verschlechterung der Situation beitragen.
Allein 4,4 Mio. € beziehen sich nur auf zwei Einkommensarten, nämlich 3,1 Mio. € geringere Gewerbesteueraufkommen (wir hatten ursprünglich 14 Mio. € für 2004 in der Planung angenommen,) und 1,3 Mio. € errechnete geringere Anteil an dem vom Land erwarteten Aufkommen an der Einkommen- und Umsatzsteuer, wobei sich diese Prognosen des Landes eigentlich immer als positiv erwiesen haben.

Auf der Ausgabenseite verringern sich zwar die Gewerbesteuerumlagen von rd. 28 % des Gewerbesteueraufkommens nur auf einen Anteil von rd. 20 %, das macht eine Verbesserung gegenüber der letztjährigen Prognose von 1,7 Mio. € aus, andererseits erhöht sich die Kreisumlage um 1,9 Mio. €. Das ist bitter.

Dass in den Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage auch noch 781 T€ enthalten sind durch die rückwirkende Anhebung der fiktiven Hebesätze durch das Land, die die erste Hälfte der Referenzperiode = zweites Halbjahr 2002 betrifft, Einnahmen, die wir nie gehabt haben, erwähne ich nur am Rande.

Es sind also die externen Einflüsse, die unsere eigentlich gute Finanzausstattung schmälern. Optimistische Prognosen für die Folgejahre halte ich für gewagt.
Nach meinen heutigen Berechnungen weisen die Finanzplanungsjahre 2005 6,1 MIO €, 2006 5,6 MIO € und 2007 4,6 MIO € Unterdeckung in den Verwaltungshaushalten aus. Das sind Werte, die sich nicht so einfach mit "hier mal 100 T€ und dort mal 100 T€" schönen lassen. Ich habe mir aber die Freiheit genommen, in diesem Haushaltsplanentwurf diese Fehlbeträge noch nicht durch - was bleibt uns denn noch - weitere Eigenkapitalrückflüsse aus unseren Sondervermögen, falls die überhaupt in der Größenordnung ausreichen . Hier bieten sich Ihnen, meine Damen und Herren, Gestaltungsspielräume.
Im Vermögenshaushalt haben wir uns viel vorgenommen. Die Fassadensanierung des Willibrord-Gymnasiums mit Fenstererneuerung und Sonnenschutz für insgesamt 2,2 Mio. €, verteilt auf 3 Jahre, die Rheinpromenade und die Innenstadterneuerung binden notwendigerweise erhebliche Finanzmittel. Da bleibt keine Luft mehr für andere Wünsche und Begehrlichkeiten. Leider muss der Überschuss des Vermögenshaushaltes, insbesondere aus den - aus 2003 verschobenen - Grundstückserlösen mit 2,1 Mio. €, wie schon zuvor erwähnt, die Unterdeckung des Verwaltungshaushaltes 2004 mit abdecken.
Dann ist aber auch schon Ende mit den Überschüssen im Vermögenshaushalt:

- 2005 fehlen 1,1 Mio. € zur Finanzierung
- 2006 fehlen 1,1 Mio. € und
- 2007 fehlen 1,6 Mio. €.

Aufgrund des Verzichtes auf neue Kreditaufnahmen in den Jahren 2002 und 2003 und den immer höher werden Tilgungsanteilen am Kapitaldienst wird aber die Vorgabe des Landrates von max. 20 Mio. € Schuldenstand trotz der von mir in die Finanzplanung eingerechneten Kreditaufnahmen in den Jahren nicht überschritten.

Meine Damen und Herren, die Finanzlage ist nur scheinbar sicher, aber da wir ja am Jahresende sind wünsche ich uns allen alles Gute für 2004."

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen wird zur weiteren Beratung an die einzelnen Fachausschüsse verwiesen.

7 05 - 13 1445/2003 E1 Gestaltungskonzept Innenstadt Emmerich am Rhein ;
hier: 1. Vorstellung der überarbeiteten Entwürfe
2. Kostenzusammenstellung

Mitglied Beckschaefer stimmt im Namen seiner Fraktion der Vorlage zu. Er bittet jedoch über den zweiten Satz des Beschlussvorschlages gesondert abzustimmen, da seine Fraktion den Ausbau der Oelstraße zum jetzigen Zeitpunkt für nicht wichtig hält. Im Bereich Alter Markt und Umfeld bittet er möglichst viele Parkplätze einzurichten.

Mitglied Sickelmann wünscht für ihre Fraktion auch eine getrennte Abstimming zu Punkt 1 und 2. Dem Punkt 1 stimmt ihre Fraktion zu, zu Punkt 2 bemängelt sie, dass die notwendigen Landesmittel nicht rechtzeitig beantragt wurden; aus diesem Grunde stimmt ihre Fraktion dem Punkt nicht zu.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs merkt an, dass der Ausbau der Oelstraße schon vor 1 1/2 Jahren auf dem Programm stand, da die Stadtwerke dort neue Gasleitungen verlegen muss, die alten entsprechen nicht mehr dem heutigen Standard. Da hier jetzt diese Baumaßnahmen durchgeführt werden, hat auch die Verwaltung den Ausbau der Oelstraße zum jetzigen Zeitpunkt angesetzt, da hier auch eine Kostenreduzierung zum Tragen kommt. Betreffend der Förderung der Landesmittel bietet er an, der Fraktion der GRÜNEN den diesbezüglichen Schriftverkehr zur Verfügung zu stellen, da die Verwaltung sich sehr wohl hierum bemüht hat.

Mitglied Sickelmann wird im Namen ihrer Fraktion diese Unterlagen für die Haushaltsplanberatungen anfordern.

Mitglied Jessner stellt den Antrag, gemäß Vorlage und wie von den Mitgliedern Beckschaefer und Sickelmann gewünscht, zu beschließen.

Mitglied Spiertz bezieht sich den Ausbau der Straßen Hinter dem Schinken/ Hottomannsdeich. Heute liegt die Erkenntnis vor, dass der damalige Ausbau nicht zeitgerecht ist. Aus diesem Grunde bittet er die 125.000 €, die der Stadt von der PEG noch zustehen, für diesen Ausbau zu verwenden, um die Steuerzahler zu schonen.

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied ten Brink teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass die Pläne der Innenstadtgestaltung noch einmal vorgelegt werden, wenn die Prüfaufträge abgeschlossen sind.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Jessner abstimmen.

Zu 1)
Der Rat stimmt dem überarbeiteten Entwurf zum Gestaltungskonzept Innenstadt zu und beschließt, auf dieser Grundlage die Ausführungsplanung vorbehaltlich einer noch durchzuführenden Bemusterung durchzuführen.

Zu 2)
Der Rat stimmt dem Kostenrahmen für die Neugestaltung der Innenstadt zu und stellt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2004 entsprechende Mittel bereit.

Zu 3)
Der Rat stimmt dem vorgeschlagenen Ausbau der Oelstraße zu und beauftragt die Verwaltung die Ausführungsplanung durchzuführen.

Beratungsergebnis: Zu 1) Dafür 34 Dagegen 0 Enthaltungen 0
Zu 2) Dafür 32 Dagegen 0 Enthaltungen 2
Zu 3) Dafür 29 Dagegen 5 Enthaltungen 0

8 05 - 13 1488/2003 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. Borghees Nr. 1 - Amselweg -;
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2) Satzungsbeschluss

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)
Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

Zu 2)
Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. Borghees Nr. 1 -Amselweg-mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan für das Grundstück Drosselweg 2, Gemarkung Borghees, Flur 4, Flurstück 220 dahin gehend geändert, dass die überbaubare Fläche mit einer Tiefe von 16,0 m in einem Abstand von 9,0 m parallel zum Drosselweg durch Baugrenzen festgesetzt wird. Ferner wird die 10,0 m parallel zum Borgheeser Weg verlaufende Baulinie auf benanntem Grundstück durch eine Baugrenze ersetzt. Des Weiteren wird die für den gesamten Bebauungsplanbereich geltende textliche Festsetzung Nr. 3 a) betreffend Sockelhöhe der Gebäude ersatzlos gestrichen.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Mitglied Günther nimmt an der Abstimmung nicht teil.

9 05 - 13 1489/2003 8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße - (Teilplan Nordwest);
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2) Satzungsbeschluss

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)
Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

Zu 2)
Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr.EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Nordwest)mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan für die Grundstücke Luitgardisstraße 6 und 8, Gemarkung Elten, Flur 9, Flurstücke 221, 340 und 341, dahin gehend geändert, dass die überbaubare Fläche längs der Luitgardisstraße auf den Flurstücken 221 und 341 auf die bestehende Bebauung reduziert wird und dass auf dem Flurstück 340 eine zusätzliche überbaubare Fläche von 14,0 m Tiefe festgesetzt wird.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

10 05 - 13 1490/2003 10. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 10/4 -Dechant-Sprünken-Straße-;
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2) Satzungsbeschluss

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)
Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

Zu 2)
Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr.E 10/4 -Dechant-Sprünken-Straße- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan - für die auf dem Gelände der ehemaligen Ziegelei an der Netterdenschen Straße gelegenen Grundstücke Gemarkung Emmerich, Flur 10, Flurstücke 786, 985 und 986 dahin gehend geändert, dass die nicht überbaubare Grundstücksfläche, die an die Verkehrsfläche des Ziegeleiweges angrenzt, als private Grünfläche festgesetzt wird und die Zulässigkeit von Ein- und Ausfahrten vom Ziegeleiweg über diese Flächen ausgeschlossen wird.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

11 05 - 13 1495/2003 6. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL R/1 -Wasserstraße-;
hier: 1) Aufstellungsbeschluss
2) Satzungsbeschluss

Mitglied Wernicke stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)
Der Rat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 BauGB, den Bebauungsplan Nr. EL R/1 -Wasserstraße- im Wege eines vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB dahin gehend zur ändern, dass die Teilflächen der überbaubaren Flächen auf den Grundstücken Wasserstraße 20 und 38, Gemarkung Elten, Flur 14, Flurstück 287 und Flur 19, Flurstück 239, mit einer Breite von 3,0 m parallel zur jeweiligen nördlichen Grundstücksgrenze aufgehoben werden. Ferner wird die überbaubare Fläche auf dem Grundstück Wasserstraße 26 a, Gemarkung Elten, Flur 19, Flurstück 426 unter Umwandlung der vorderen Baulinie in eine Baugrenze so verschoben, dass die vorhandene Bebauung von der Baufläche eingefasst wird.

Zu 2)
Der Rat beschließt den Entwurf der 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL R/1 -Wasserstraße- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

12 07 - 13 1496/2003 E1Änderung der Straßenreinigungs - und Gebührensatzung

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Struckhof teilt mit, dass seine Fraktion gegen eine Erhöhung der Gebühren ist.

1. Der Rat beschließt die als Anlage 1 gekennzeichnete 5. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung vom 30.03.1993.

2. Der Rat beschließt die Ergänzung zum Straßenverzeichnis.

3. Der Rat nimmt die Neukalkulation der Gebühren zustimmend zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

13 14 - 13 1506/2003 Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2002 und über die Entlastung des Bürgermeisters gem . § 94 Abs. 1 GO NW

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

a) Der Rat beschließt, gemäß § 94 Abs. 1 Satz 1 GO NW die geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002 mit dem dargestellten Ergebnis festzustellen.

b) Die Ratsmitglieder beschließen, entsprechend § 94 Abs. 1 Satz 2 GO NW dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2002 Entlastung zu erteilen.

Beratungsergebnis: zu a) 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen
zu b) 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

14 70 - 13 1520/2003 Beratung des Wirtschaftsplanes der Abwasserwerke Emmerich für das Jahr 2004

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, übergangsweise bis zur endgültigen Umsetzung der Neuordnung der Abwasserbeseitigung,

1. den anliegenden Wirtschaftsplan der Abwasserwerke Emmerich für das Jahr 2004 und
2. die Vorabführung eines Betrages in Höhe von 1.121.978,90 € an die Stadt Emmerich am Rhein im Rahmen der Eigenkapitalverzinsung gemäß § 26 Abs. 2 EigVO.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

IV. Anträge an den Rat

15 06 - 13 1531/2003 Schließung des Fahrkartenschalters am Bahnhof ; hier: Antrag an den Rat , eine Resolution zu fassen

Mitglied Diks verweist darauf, dass seine Fraktion zum Zeitpunkt der Antragsstellung nicht wusste, dass die Bahn beabsichtigt, ihr Reisezentrum zu privatisieren. Somit erübrigt sich der Antrag seiner Fraktion. Bezüglich der geplanten Einschränkungen der Bahn betr. Haltepunkte für Züge in Emmerich, wird seine Fraktion zu gegebener Zeit einen Antrag an den Rat stellen.

Mitglied Sickelmann bedauert, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückzieht. Ihrer Meinung nach müsste sich der Rat stärker für den Nahverkehr in Emmerich einsetzen.

Auch Mitglied Spiertz zeigt sein Bedauern für die Rücknahme des CDU-Antrages. Er verweist auf die langen Verhandlungen mit der Bahn bezüglich der Toiletten sowie auch die Verschmutzung des Gebäudes.
Seine Fraktion ist der Auffassung, dass gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden muss. Er bittet die Verwaltung, mit dem Kiosk-Betreiber Verhandlungen zu führen, um evtl. hier eine kleine Lösung zu finden. Die entsprechenden Mittel sollten im Haushalt 2004 bereitgestellt werden.
Mitglied Jessner schlägt vor, die Arbeitsgruppe Betuwe einzuberufen, um die gesamte Thematik des Bahnhofs (Kontakte knüpfen zur Ebene Nahverkehrszweckverband und Land) zu beraten.

Mitglied Struckhof empfiehlt ein Gesamtkonzept: kein ICE-Halt, keine Zugverbindung in die Niederlande, schlechter Service für Kunden durch den Fahrkartenverkauf, keine Toiletten, Klärung der Unterführung, Schließung der Bahnübergänge, etc. zu erarbeiten und daraus eine Resolution zu fassen.

Mitglied Sloot begrüßt die Arbeitsgruppe, die sich auch mit der Thematik Betuwe befasst, die ihrer Meinung nach verantwortlich für den Wegfall der öffentlichen Personennahverkehre ist. Die Gesamtproblematik des Bahnhofs muss parteiübergreifend erarbeitet werden, um dann eine Resolution zu konzipieren, die dann auf den Weg gebracht weden kann.

Mitglied Gies verweist darauf, dass der Landesverkehrsminister einen Besuch für den 26.02.03 mit den Verantwortlichen der Bahn angekündigt hat. Evtl. könnte man bis zu diesem Zeitpunkt entsprechende Unterlagen erarbeiten und übergeben und vor Ort auf die Umstände hinweisen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, diese Angelegenheit an die Kommission Betuwe Regionalverkehr zu verweisen, abstimmen.

Der Rat verweist diesen Antrag an die Kommission Betuwe Regionalverkehr.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

16 07 - 13 1509/2003 Oberflächenentwässerung im Gebiet Leege Weide , Ortsteil Hüthum

Mitglied Sickelmann wünscht, dass die Verwaltung prüft, ob das Anlegen eines Biotops als Ausgleichsmaßnahme der Sparkasse oder Volksbank deklariert werden kann. Sie bittet dieses bis zur Vorstellung des Konzepts im BPVA zu erledigen.

Mitglied Arntzen ist im Namen seiner Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Die Schwierigkeiten mit der Oberflächenentwässerung im Gebiet Leege Weide sind der Verwaltung bekannt. Die Entwässerung besteht aus örtlich getrennten Regenwasserkanälen, die jeweils in 3 Stück Sickerschächten münden, wo das anfallende Regenwasser dann versickert (versickern soll). Bei stärkeren Regenfällen passiert es aber immer wieder, dass es zu Rückstauproblemen innerhalb der Kanäle kommt, die dann die auftretenden Überschwemmungen verursachen. Grund hierfür ist, dass das Wasser nicht schnell genug im Untergrund versickern kann. Angedacht ist nun eine Lösung, bei der das Wasser in 2 neu anzulegende Teiche eingeleitet wird. Hierdurch soll erreicht werden, dass sich das Rückstauvolumen des Systemes erheblich vergrößert und zusätzliche Versickerungs - bzw. Verdunstungsflächen geschaffen werden. Hierzu sind vom Fachbereich 5 Mittel im Haushalt 2004 in Höhe von ca. 100.000 € angemeldet worden.

16a) Fenstererneuerung Rheinmuseum ; hier: Aufhebung eines Sperrvermerkes

Mitglied Jessner stellt den Antrag, den Sperrvermerk für die Fenstererneuerung Rheinmuseum, der seinerzeit festgesetzt wurde, da Überlegungen anstanden, das Rheinmuseum durch einen Neubau zu ersetzen, aufzuheben.

Auch der Vorsitzende befürwortet die Aufhebung des Sperrvermerkes, so dass der zuständige Fachbereich die Ausschreibung veranlassen kann.

Mitglied Sickelmann bittet zu überlegen, um den städtebaulichen Aspekt zu bewahren, Holzfenster einzubauen. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass diese Investition sich für eine gewisse Zeit amotisiert und eine Art Bestandsschutz gewährleistet wird.

Der Rat hebt den Sperrvermerk i. H. v. 22.000 € bei der HHSt. 1.380.9413 "Bauliche Maßnahmen Kulturbetrieb" auf.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

17 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Landtagsdrucksache 1344;
   hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs gibt einen Erläuterungsbericht über die Auswirkungen am Rhein bezüglich der FFH-Ausweisungen. Der Sachzusammenhang steht zu den Nachmeldungen des FFH-Gebietes "Fischruhezone im Rhein zwischen Emmerich und Bad Honnef".
Die Stadt Emmerich hat am Rheinstrom keinerlei Handlungsrechte. Die Fischruhezonen, die in Emmerich ausgewiesen werden, sind die Zonen in Verlängerung der landseitig ausgewiesenen Gebiete. Der Bereich zwischen Hüthumer Meer und Industriehafen ist hiervon somit nicht betroffen.

Anfragen

2. Entwurf des Haushaltsplanes;
   hier: Anfrage von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof bittet für seine Fraktion sechs Haushaltsplanentwürfe bereitzustellen.

18 Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.40 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriffführerin